



Für einen leichteren Zugang zum Landtag

Änderungen der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags auch zum Nutzen der Bürger

Dass Änderungen der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags (GOLT) keine reine „Selbstbeschäftigung“ sind, zeigt deren im Dezemberplenum verabschiedete Überarbeitung. Eine Landtags-Geschäftsordnung soll zwar vorrangig interne Arbeitsabläufe des Parlaments möglichst transparent und konfliktfrei regeln, daher beziehen sich viele Änderungen auf diese „Logistik“. Doch einige Neuerungen weisen über den Bereich der „Binnenregelungen“ hinaus und bringen Bürgerinnen und Bürgern leichteren Zugang zum Landtag und Verbesserungen bei der Bearbeitung ihrer Anliegen.

Nach Landtagswahlen wird künftig der neue Petitionsausschuss schon in der ersten Sitzung des „neuen“ Landtags nach der Landtagswahl gebildet. Innerhalb eines Monats hat der Petitionsausschuss dann seine praktisch-inhaltliche Arbeit aufzunehmen.

Denn das Recht, Petitionen an den Landtag zu richten, ist nach Artikel 14 der Landesverfassung ein Grundrecht. Es gilt jederzeit ohne Rücksicht auf Wahlen. Bei vielen Petitionen kommt es darauf an, dass sich der Landtag zügig um die Angelegenheit der Betroffenen kümmert, soll wirksame Hilfe tatsächlich noch möglich sein. Der rot-rot-grünen Koalition ist es daher besonders wichtig, dass es nicht mehr zu den zu Recht kritisierten Verzögerungen kommt wie im Herbst 2014. Nach

der alten Geschäftsordnung war der Petitionsausschuss für die laufende 6. Wahlperiode zusammen mit den anderen Fachausschüssen und erst in zeitlicher Nähe zur Regierungsbildung vom Landtag eingesetzt worden. Das führte zu einem massiven Bearbeitungsstau bei Petitionen.

Als weitere Änderung wurde auch das Online-Diskussionsforum des Landtages – zu finden auf dessen Internetseite – in der GOLT verankert. In diesem Forum können Bürgerinnen und Bürger mit eigenen Beiträgen und Vorschlägen Stellung nehmen zu Gesetzgebungsverfahren und Gesetzentwürfen, die der Landtag in Arbeit hat.

„Baustelle“ generelle Öffnung der Ausschusssitzungen

In der Plenardebatte bezeichnete André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der LINKE-Fraktion, diese Änderung als wichtigen Baustein, gab aber zu bedenken, dass die neue Regelung auch weiter mit Leben gefüllt werden müsse. Noch mehr Menschen als bisher müssten durch Information und Werbung motiviert werden, sich an der Diskussion im Online-Forum zu beteiligen. Dieser inhaltliche Austausch zwischen parlamentarischem und außerparlamentarischem Bereich ist wichtig für eine praktisch wirksame Gesetzgebung.

In Sachen Transparenz und Öffentlichkeit bleibt aber noch die „Baustelle“ der generellen Öffentlichkeit von

Ausschuss-Sitzungen. Dazu ist eine Änderung des Artikels 62 der Landesverfassung notwendig und damit eine Zweidrittel-Mehrheit. Die LINKE wird innerhalb der Koalition dieses Thema weiterverfolgen.

Beteiligung an Verfahren vor dem Verfassungsgericht

Eine dritte Neuerung betrifft die Beteiligung des Landtages an Verfahren vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof und dem Bundesverfassungsgericht. Bisher war es üblich, dass die Frage, ob und welche Stellungnahme vom Landtag in solchen Verfahren abgegeben wird, allein im Arbeitsbereich des Landtagspräsidenten geregelt wird. In anderen Landtagen wie dem bayerischen ist das gesamte Parlament in das Verfahren eingebunden.

Dies auch mit Blick darauf, dass eine Stellungnahme in einem Gerichtsverfahren immer als Äußerung des gesamten Gremiums gilt. In der neuen Geschäftsordnung findet sich nun ein vergleichbares Verfahren. Der Justizausschuss als für Verfassungsfragen zuständiger Ausschuss begleitet die verfassungsgerichtlichen Verfahren inhaltlich mit und das Plenum ist informativ angeschlossen. Der Landtagspräsident vertritt dann den Landtag als Gesamtgremium wie bisher vor Gericht, wobei die Neuordnung der GOLT eine Begleitung durch andere Abgeordnete in „beratender Funktion“ ermöglicht. **Sandra Steck**

KOMMENTIERT:

von Dr. J. Scheringer-Wright

Der falsche Weg

Das Umweltbundesamt forderte jetzt aus Klimaschutz-Gründen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Tierprodukte wie Milch und Fleisch. Sie sollten mit den regulären 19 Prozent besteuert werden. Dies ist mit Sicherheit der falsche Weg. Die Mehrwertsteuer ist an sich eine sozial ungerechte Steuer, weil sie Menschen mit niedrigen Einkommen viel stärker belastet. Deshalb gibt es auf Produkte, die das Dasein sichern, wie z.B. Nahrungsmittel, einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer insbesondere auf Grundnahrungsmittel, wie Milch und Milchprodukte, gefährdet auch die ausgewogene Ernährung von Menschen mit wenig Geld. Natürlich ist es notwendig, gerade den übermäßigen Konsum von Fleisch einzuschränken. Das wird durch Aufklärung und Gesundheitsvorsorge eher erreicht, als durch undifferenzierte Steuererhöhungen. So sollte mit der „Ökosteuer“ der Energieverbrauch gesenkt und der Individualverkehr reduziert werden. Inzwischen stagniert der Energieverbrauch und noch nie gab es so viel Kraftfahrzeug- und Flugverkehr.

Um Klimaschutz in der Ernährungswirtschaft voranzubringen, müssen die Ursachen der klimaschädlichen Produktionsweise beseitigt werden. Notwendig ist eine Ökologisierung und Regionalisierung der landwirtschaftlichen Produktion. Die Tiere sollten mit regional angebauten Futtermitteln gefüttert werden. Klimaschädliche Transporte werden vermieden und der Raubbau in Drittländern eingeschränkt. Zudem muss die Düngung reduziert werden. Wir müssen hin zu nachhaltigen Erträgen, die die Ernährung sichern, aber gleichzeitig das Klima und die Umwelt schützen.

Dies ist nur möglich, wenn es eine Abkehr von der Exportorientierung der Land- und Ernährungswirtschaft gibt, also einen Bruch mit dem kapitalistischen Wachstumszwang. Auch die Ernährungsbranche muss reguliert werden, damit Transporte eingeschränkt und gesunde Nahrungsmittel bevorzugt angeboten werden. Alle Menschen haben ein Recht auf eine gesunde Ernährung, unabhängig von ihrem Einkommen. Eine beitragsfreie und flächendeckende Kita- und Schulverpflegung, die eine gute Ernährung für alle Kinder sichert, wäre der richtige erste Schritt zu mehr Verbraucherbewusstsein.

AKTUELL

Probleme mit CDU-Volksbegehrenshürden lösen

Am 14. Dezember hatte Landtagspräsident Christian Carius den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens „Selbstverwaltung für Thüringen“ für zulässig erklärt. „Diese Entscheidung war so zu erwarten, da der Landtagspräsident grundsätzlich nur ein formales Prüfungsrecht zu Volksbegehren hat. Eine inhaltliche Prüfung steht praktisch alleine dem Thüringer Verfassungsgerichtshof zu“, erklärte dazu Anja Müller Sprecherin für Bürgerbeteiligung der Linksfraktion.

„Davon unabhängig kann der Landtag jederzeit die gesetzlichen Regeln zur Durchführung von Volksbegehren verändern, allerdings bedarf es dazu einer Zwei-Drittel-Mehrheit zur Änderung der Verfassung. Bisher wurde das von der CDU abgelehnt. Hinzu kommen zahlreiche Klagen von CDU-

Landesregierungen gegen Volksbegehren, z.B. zu direkter Demokratie, besseren Kitas oder sozialer gestalteten Kommunalabgaben. Dies führte zur konservativsten Verfassungs-Rechtsprechung gegen direkte Demokratie in ganz Deutschland. Daher ist nun auch die Situation beim Umgang mit dem Volksbegehren zur Gebietsreform alles andere als einfach.“

Auch der CDU sei in Wirklichkeit bewusst, dass Thüringer Landesregierungen zur Einhaltung der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung verpflichtet seien. Das hätte die CDU bei früheren Klagen gegen Volksbegehren doch auch immer betont.

„Umso verwunderlicher und entlarvender ist es nun, wenn sie jetzt von der rot-rot-grünen Landesregierung statt eines verfassungsrechtlich kor-

rekten Umgangs mit den weiteren Verfahrensschritten verlangt, es solle nun nach einem hemdsärmeligen rein politischen 'Wünsch-Dir-Was-Katalog' zugehen“, so die LINKE-Abgeordnete.

„Wenn die CDU nun am eigenen Leibe merkt, wohin ihre frühere Blockadepolitik in Sachen direkter Demokratie geführt hat, sollte sie auch die richtigen Konsequenzen daraus ziehen.“

Dazu gehört vor allem: Die CDU sollte auf die seit Jahren parlamentarisch wie außerparlamentarisch erhobenen Forderungen nach Abschaffung des Finanz- und Abgabenvorbehalts bei Volksbegehren und den Abbau weiterer Demokratiehürden endlich eingehen und ihre Stimmen für die zur Verfassungsänderung notwendigen Zweidrittel-Mehrheit geben“, sagte Anja Müller.